

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1846

22.1.1846 (No. 21)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, den 22. Januar.

No. 21.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbj. 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 fr. und 4 fl. 15 fr.
Einzugsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 4 fr. Briefe und Gelder frei.

1846.

Deutschland.

* Karlsruhe, 20. Jan. Die Kontrolle über die Verwendung der Staatsgelder ist unbestreitbar eine der wichtigsten Funktionen der Kammern, durch sie erhebt sich das Steuerbewilligungsrecht zur höchsten praktischen Bedeutung. Wenn wir nun auf dem gegenwärtigen Landtag ein besonderes Anknüpfen der zweiten Kammer gegen vorkommende Ueberschreitungen wahrnehmen, so erkennen wir darin gerne die Ausübung ihres Rechtes und ihrer Pflicht. Nur in der Wahl der Mittel sind wir nicht überall mit dieser Kammer einverstanden, wie dies insbesondere in Beziehung auf die Rechnungsnachweisungen des Kriegsministeriums der Fall ist. Daß hier das Verlangen auf Einhaltung der Budgetsäge am meisten hervortritt, ist eine natürliche Folge der Beurtheilung dieser Verwaltung als Trägerin eines allerdings nicht unbedeutenden Theils des Staatsaufwands. Ein gleichmäßiges Hervortreten in der Form des Widerstandes mag sich darum entschuldigen, nicht aber zugleich auch rechtfertigen lassen. Aus dem Charakter der hier speziell in Frage liegenden Ueberschreitungen allein können wir übrigens eben so wenig genügende Gründe zum Akt der Vorstellung ableiten, als es uns gelingen will, in den Beziehungen zur Administration weder eine Verletzung des Rechtes noch irgend ein Anstreben gegen die ständische Autorität herauszufinden. Wir bedauern aber hauptsächlich den Beschluß der zweiten Kammer im Zusammenhang mit den Ergebnissen der früheren Landtage, aus denen die Anerkennung der Militäradministration in so hohem Maße hervorgegangen ist, und denen gegenüber ein so scharfes Verhalten zum Unnatürlichen führt, und selbst die Wirkung des Widerstandes lähmt. Wir beklagen diesen Beschluß aber auch in Rücksicht der besondern Verdienste des Chefs des Kriegsministeriums um die Militärverwaltung, und sind überzeugt, daß eine Andeutung der Kammer genügt hätte, um, so weit eine Rückführung des Aufwands dieser Verwaltung möglich ist, sich den Erfolg darüber zu sichern. (A 186)

Stuttgart, 15. Jan. (Augsb. Abendz.) So eben verbreitete sich hier die Neuigkeit, ein heute angekommener Kurier habe die freudige Nachricht überbracht, daß Se. königl. Hoheit unser Kronprinz die Hand der Großfürstin Olga von Rußland erhalten habe, und bereits nach Palermo, woselbst sich die hohe Braut gegenwärtig aufhält, abgereist sey. — Wohlunterrichtete wollen wissen, daß die J. G. Gotta'sche Buchhandlung dahier um den Ankauf des „Schwäbischen Merkur“ in Unterhandlung stehe, daß die Eigenthümer aber bis jetzt noch von der enormen Summe von 400,000 fl. nicht abgehen wollen. Die Gründer des „Schwäb. Merkur“ hatten einst unter der Regierung unseres verstorbenen Königs die Konzession zu jener Zeitung um 2 Kronenthaler erkauf. Man dürfte fast diesen Kauf ein Ereigniß für Württemberg nennen!

München, 16. Jan. (A. Z.) Die Kammer der Reichsräthe beschloß sich in ihrer vierten Sitzung vom 11. d. M. mit den von den betreffenden Ausschüssen erstatteten Berichten über zwei Anträge des Fürsten v. Brede bezüglich 1) der Verantwortlichkeit der königl. Staatsminister und höhern Staatsbeamten, 2) des Kirchengebets im Te Deum laudamus. Das Gutachten des Ausschusses für die Gesetzgebung über den ersten der oben erwähnten Anträge ging dahin, daß Se. Maj. der König im verfassungsmäßigen Wege gebeten werde, ein Gesetz an die Stände des Reichs zu bringen, durch welches die in der Verfassungsurkunde enthaltenen Bestimmungen über die Verantwortlichkeit der Minister und anderer hohen Staatsbeamten genauer entwickelt und dadurch deren Anwendung gesichert werde. Nachdem der Referent des genannten Ausschusses vorerst an Dasjenige erinnert, was über diesen Gegenstand in früheren Jahren in beiden Kammern bereits verhandelt und beschlossen, was von der Krone im Jahr 1831 zugesagt worden war, bemerkte derselbe, wie man bei Beratung dieses Antrags durchaus nicht in persönliche Gründe oder Beziehungen eingegangen, sondern einzig und allein die Sache im Auge gehabt habe, ob es nothwendig, räthlich, ja selbst der Regierung nicht unerwünscht sey, daß ihr

Mittel gegeben werden, bereits feststehende Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde in's Leben rufen zu können. Es sey die Absicht, nicht eine Anklage zu begründen, es sey nicht die Rede davon, ob irgend eine Anklage stattgefunden habe, oder stattfinden werde — einzig davon sey die Frage: soll ein Antrag, welcher schon in mehreren Versammlungen an die Regierung gebracht, soll ein Antrag, welchen dieselbe bereits billigt, soll ein Antrag, welcher auf Zustimmung der Regierung beruht, an dieselbe wieder gebracht werden? Nach eröffneter Diskussion über diesen Gegenstand stellte sofort ein Reichsrath den Antrag auf Vertagung der Hauptberatung und Beschlußfassung über den vorliegenden Antrag, bis zu dem Zeitpunkt, wo die Kammer sich über die in dieser Hinsicht weiter an sie gebrachten Anträge des Fürsten Brede ausgesprochen haben werde, bemerkend, daß eine heute schon deshalb an die Krone gebrachte Bitte ein Präjudiz der Kammer über jene andern Anträge in sich enthalte, daß sie eine große Aufregung im Publikum veranlassen würde, daß endlich diese Kammer bis jetzt noch niemals diesen Gegenstand prinzipieller angeregt, sondern desfallsigen an sie gelangten Anträgen nur accessorie beigekimmt habe. Nachdem das erhobene formelle Bedenken, ob die in Vorschlag gebrachte Vertagung eines der Diskussion unterstellten Antrags ohne bestimmte Ursache nach der Geschäftsordnung zulässig sey, beseitigt worden war, bildete die Frage: ob eine Vertagung überhaupt räthlich sey, und aus welchen Gründen, den weiteren Gegenstand der Beratung. Ein Hr. Reichsrath, ein besonderes Recht auf diesen Antrag, dessen Formulierung im Jahr 1843 ihm zu Ehren geschehen, in Anspruch nehmend, bemerkte im Wesentlichen, daß, wenn es sich darum handeln würde, eine ministerielle Verantwortlichkeit im Sinne des vollständig entwickelten Repräsentativsystems zu begründen, solches verfassungswidrig und unmöglich zugleich wäre. Verfassungswidrig, weil eine Verfassungsänderung, welche grundgesetzlich nur in Folge königlicher Initiative berathen werden kann, bezweckt würde, unmöglich, weil eine Regierung der Majoritäten für Deutschland in seiner gegenwärtigen Zerissenheit durchaus unpassend sey; Deutschland brauche zur Zeit eine beschränkte Monarchie, das heißt, ein starkes Herrscherthum, mit klaren, fest verbürgten, ehrlich vollzogenen Grundgesetzen, dann mit willigenden, kontrollirenden und Veto übenden Landesvertretungen. Und diesem Geiste sey der Antrag entnommen. Auf den Geist der landständischen Verfassung im Gegensatz zu der repräsentativen übergehend, bemerkte derselbe Redner ferner: das Hasten der Regierungsorgane sey in Staaten zweiten und dritten Ranges viel wichtiger, als bei denen erster Größe, wo die öffentliche Meinung selbst bei absoluten Regierungsformen eine Macht bilde. Wohin in jenen ministerielle Nichtverantwortlichkeit führe, beweise die neueste Geschichte, unter Andern der denkwürdige Fall, da die Verfassung eines Staates zweiten Ranges vor einem einfachen Kabinettsbefehl zusammenstürzte, und das lange Ringen des Volkes um sein ihm lieb gewordenes Recht die Augen aller deutschen Sauen auf sich zog. Stehen nun auch in Bayern Extreme eben erwähnter Art unter seiner Voraussetzung in Aussicht, denke an sie kein Rathgeber der Krone, wahre endlich gegen sie die bekannte Gewissenhaftigkeit des Herrscherthums, so bleibe immerhin die Ausfüllung der beiden Lücken, welche unser Verfassungsrecht in den Bestimmungen über Ministerverantwortlichkeit und Ministeranklagen darbiete, ein um so dringenderes Erforderniß, als bekanntlich das Grundgesetz weder den Untersuchungsrichter noch die Straffkala bestimme, somit dem Gerichte bei Beginn des Verfahrens die erste, bei der Urtheilsschöpfung die andere entgegentrete. Es sey auch nicht zu besorgen, daß der ständische Wunsch, daß die das staatsdienliche Verantwortlichkeits-Verhältniß regelnden Verfassungsparagraphen zur Wahrheit werden, die Aufregung steigern könnte. Nein! er würde und müßte sie mildern. „Formulierung der Landeswünsche erbittert die Gemüther nicht. Fest stehen die Throne, wo die Volkstimme auf legalem Wege zu ihnen gelangt — fest stehen sie, so lange die Bevölkerung den legalen Organen vertraut.“ — Den beantragten Ausschub fand derselbe Hr. Reichsrath durch die höchsten Rücksichten der Ge-

Die Liebe des Polen.

(Fortsetzung.)

„Achtzehn Jahre Abwesenheit hatten in dem Herzen des Polen die Liebe nicht erlösen können, welche er für Cäcilie D. fühlte; sie war, wie bekannt, inzwischen Frau v. La... geworden, und seine erste Sorge nach seiner Ankunft in Paris, diesem Zusammenkunftsplatz aller Verbannten, war, sich nach dem Schicksale dieser Dame zu erkundigen.“

Als er vernahm, daß sie bereits seit zwei Jahren Wittve sey, schlug sein Herz heftiger, wie gewöhnlich, und da er weiter in Erfahrung gebracht, daß ein Prozeß, welcher gegen sie von den Anverwandten ihres verstorbenen Mannes geführt wurde, sie vollkommen an den Bettelstab bringen müßte, wenn sie denselben verlore (und daß sie ihn verlieren würde, war kaum einem Zweifel unterworfen), da schlug sein Herz noch heftiger. „Ach! rief er aus, diesmal wird mein Glück nicht wie ein Traum einfliegen, nun kann mir Cäcilie nicht mehr entgehen.“ Der Oberst v. K. ließ sich hierauf alsbald bei Frau v. La... anmelden.

Abgesehen von den achtzehn Jahren, die sie inzwischen älter geworden, ungeachtet des Kummerd, dem sie seit dem Tode ihres Mannes anheimgegeben, hatte Cäcilie dennoch den vollen Glanz ihrer ursprünglichen Schönheit erhalten.

Es war freilich nicht mehr jenes gazartige Wesen, jene Lustnymph; es war aber nun eine Götin, deren Stirne noch von allem Blendwerk, von dem ganzen Heiligenscheine eines Muttergottesbildes nach der Weise der Raphael'schen und Correggio'schen Gemälde strahlte.

Ihre schwarzen Augen voll Feuer, ihr brauner Haarwuchs, ihre schöne Taille, ihre mit dem Alabaster eifernde Gesichtsfarbe, alle jene Schätze, welche die Frauen gewöhnlich in einem Jahre verlieren, wie die Perlen eines Rosenkranzes, alle diese Schätze besaß Frau v. La... noch. Nur der frühliche Geist hatte sich in Falten gelegt, das Unglück hatte ihn gealtert; der Charakter des Weibes von 36 Jahren war nicht mehr jener des Mädchens von 18 Jahren. Die Zeit und die Erfahrung ließen ihren Wünschen Gerechtigkeit widerfahren, oder übten vielmehr dieselbe an ihrem Geschmack, den sie, wie wir wissen, als das höchste Glück ansah, während es

doch nichts anderes als ein vergängliches Jugendfinnbild war. Die erste Zusammenkunft war rührend, obgleich Anfangs etwas zeremoniell. Der Oberst erzählte der Frau v. La... seine Kriegsabenteuer und die Leiden seines Vaterlandes. Cäcilie ihrerseits sprach ihm von ihrem Unglücke, von ihrem täglichen Verdrusse und von den trostlosen Ausichten ihrer Zukunft.

Als sie endlich gegenseitig die Schale des Andenkens geleert, als sie alle jene nichtsagenden Dinge wieder hervorgehoben hatten, welche aber doch im intellektuellen Leben eine so große Stelle einnehmen, sagte Herr v. K., indem er die Hand der Frau v. La... ergriff, in einem Tone, der seine bewegte Seele verrieth:

„Cäcilie, Sie sind nun frei, ich habe nie aufgehört es zu sehn! Verbinden wir nun auf immer unsere Zukunft, verwirklichen Sie mir nun das Glück, welches ich stets geträumt; gestatten Sie mir Ihre Hand, und sowohl für das Eine wie das Andere von uns zieht von heute an die Sonne eines neuen Glückes heraus.“

„Herr Graf,“ erwiderte Cäcilie, „ich habe Sie ehemals zurückgewiesen, weil Sie zu arm gewesen; ich bin gewöhnt, Ihnen auch heute noch meine Hand zu verweigern.“

„Und weshalb, Madame?“ frug der Oberst lebhaft.

„Weil Sie heute für mich zu reich sind. Meiner Tollheit schien es früher nicht angemessen, Ihre Liebe ohne Reichthümer anzunehmen, heute jedoch scheint es meinem Stolge nicht angemessen; es läßt sich mit meinem Grundcharakter nicht vereinbaren, Ihr großmüthiges Anerbieten anzunehmen. Neben Sie mir daher nicht mehr von Liebe und Verbindung, aber sprechen Sie mir immer von Freundschaft; dies ist eine Sprache, welche ich stets mit Ihnen werde vollkommen reden können.“

„Aber, Cäcilie,“ erwiderte nun der Oberst wieder, „im Namen der Freundschaft selbst beschwöre ich Sie, mein Vermögen und meinen Namen anzunehmen. Was soll aus Ihnen werden, wenn dieser Prozeß verloren seyn wird? welches Da seyn müßten Sie ertragen?“

„Mein Freund, wenn Gott mir das Wenige noch läßt, das ich besitze, dann gestehe ich, werde ich keinen Augenblick zögern, mein Schicksal mit dem Ihrigen zu verbinden; aber zur Stunde schon, wo ich davon rede, besitze ich Nichts mehr,

rechtfertigt, der Weisheit und Klugheit geboten, denn es sey der heutige Tag zur Berathung des Antrages selbst zu spät oder zu früh: zu spät, denn man wisse bereits jedenfalls, daß Anklagevorschläge vorschweben; zu früh, denn diese Vorschläge wären noch nicht beschieden. Schließlich glaubte der Redner, die Untermodifikation stellen zu müssen, daß die vertagte Hauptberathung unmittelbar nach erfolgter Beschlussfassung über die andern hieher bezüglichen, an die Kammer gebrachten Anträge stattfinden. Dem von einem Hrn. Reichsrathe erhobenen Bedenken, daß, wenn die Beschlussfassung über das die Verantwortung der königl. Staatsminister betreffende beantragte Gesetz verschoben werde, die Basis aller andern bereits gestellten oder demnächst noch zu stellenden, gegen die königl. Minister gerichteten Anträge entrückt werde, wurde andererseits aus zwei Gründen widersprochen. Denn erstens könne auf keinen Fall das zu erlassende Gesetz rückwirkende Kraft äussern, zweitens aber sey ja die Verantwortlichkeit der Minister schon ausgesprochen, und es fehle nur eine ausdrückliche Bestimmung über das Untersuchungsverfahren in den an die oberste Justizstelle gelangenden ständischen Anklagen gegen die Minister. Nachdem nun ohnehin dormalen ein Strafgesetzbuch der Bearbeitung einer besondern Kommission unterstellt sey, so glaube er, wäre es am geeignetsten, Se. Maj. den König zu bitten: in dasselbe Bestimmungen über das Untersuchungsverfahren und allenfalls auch über spezielle Strafen bei solchen Fällen aufnehmen zu lassen. Dasselbe Bedenken wurde auch noch von einem andern Hrn. Reichsrath aus dem Grunde widerlegt, weil, wenn auch die Kammer einstimmig den in Rede stehenden Antrag annehmen würde, erst ein legislativer Faktor gesprochen habe — es müsse noch die Ansicht der Kammer der Abgeordneten und in letzter Potenz die Zustimmung der Krone erholt werden. Es sey somit durch Vertagung der Diskussion desselben dem Rechte des Antragstellers nicht zu nahe getreten. Die Kammer beschloß hierauf: „die Hauptberathung und die Beschlussfassung über diesen Gegenstand bis zu dem Zeitpunkt zu verschieben, wo sie sämmtliche von dem Antragsteller überreichte Anträge in Betreff des königlichen Ministers des Innern erledigt haben wird, und zwar unmittelbar nach deren Erledigung.“ (Fortsetzung folgt.)

Frankfurt, a. M., 16. Januar. (S. M.) Die Erdarbeiten für die Main-Neckar-Eisenbahn, namentlich der auf dem diesseitigen Gebiet zu bewirkende Durchstich, sollen noch in dieser Woche so weit vollendet werden, daß unmittelbar darauf zur Schienenlegung geschritten werden kann. Die nöthigen Lokomotiven und Waggons werden unfehlbar bis zum April abgeliefert werden, so daß wohl bis zum Eintritt der schönen Jahreszeit die ganze Bahn eröffnet werden kann. — Nach umlaufenden Gerüchten wären bereits Unterhandlungen wegen Uebernahme der für den neuen bayerischen Eisenbahnbau (Ludwigs-Westbahn) erforderlichen Anleihe mit einem hiesigen bekannten Bankhause eröffnet worden. Die von diesem Hause zu übernehmende Anleihe soll 30 Millionen Gulden betragen.

Marburg, 12. Jan. (F. J.) Gestern ist wegen der polizeilichen Schließung des hiesigen akademischen Museums eine Beschwerdeschrift an das Ministerium des Innern abgegangen, welche von 51 anständigen Mitgliedern, unter anderen von den Professoren Bergl, Bayrthofer, Bunsen, Caesar, Fied, Gerling, Sildmeister, Hildebrand, Platner, v. Sybel, Thiersch, Vorlaender, Zeis und Zwenger unterzeichnet war. — Gleichzeitig ist auf eine Einladung der Professoren Bunsen, Thiersch u. Hildebrand unter dem Vorsitze des Letzteren provisorisch eine neue Gesellschaft unter dem Namen „Neues Museum“ gegründet worden, zu welcher bereits 86 anständige Staatsdiener und Bürger gehören, während ein anderer Versuch zur Erreichung desselben Zweckes, der von dem Gymnasialdirektor Wilmann in Verbindung mit dem Polizeidirektor Waugenmann ausging, gänzlich scheiterte.

Weimar, 15. Jan. (F. J.) Das heutige Regierungsblatt veröffentlicht die aus 9 Artikeln bestehende, zwischen der Krone Bayern einerseits u. dem Großherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach, dem Herzogthum Sachsen-Meiningen und dem Herzogthum Sachsen-Coburg-Gotha andererseits abgeschlossene Uebereinkunft, nach welcher die bayerische Regierung sich verpflichtet, von der obern Maingegend bis zur Wesergegend eine Eisenbahnverbindung herzustellen. Die über diesen Gegenstand allseits ausgefertigten Ratifikationsurkunden sind bereits ausgewechselt worden.

Aus Köln, 14. Jan., entnehmen wir der „Allg. Ztg.“ folgende Mittheilung: Dahlmann spricht irgendwo von gewissen Leuten, welche die tiefsten und weitesten staatlichen Entwicklungen auf ihrem Weihnachtstische finden möchten. Die Rheinländer gehören nicht zu dieser politischen Kinderwelt, und sie sind nachgerade durch Gewährungen und Berechtigungen auch nicht so verwöhnt, daß sie versucht seyn könnten, bei hellem Tage von großen Dingen zu Weihnachten zu träumen. Der Inhalt des Landtagsabschieds hat

keinen Augenblick überrascht: in Beziehung auf die Form stößt man nicht mehr auf den unmittelbar zurechtweisenden Ton, der den Abschied für den siebenten Landtag charakterisirte, und mit Recht hat der „Rhein. Beob.“ seine tröstlichen Worte über die verjöhliche Sprache der Bescheidung. Im Volk ist davon wenig die Rede; alle Unterhaltung über die Sache wendet sich bald zu der Frage: was man für's Nächste zu hoffen und was man zu thun habe. Das einmal thätig gewordene Streben nach freieren Organisationen wird nicht nachlassen; die Provinz ist dafür reich an edlen und großen Kräften; bringt der Kampf auch nicht bald den Gewinn des Lebens, das erzielt wird, so gibt er als Lohn eine warme Freudigkeit, an die keine kalte Macht reicht, und eine sittliche Erstarung, die sich erobernd ausdehnt auf die Menschen und auf die Dinge. Die Zahl der Bitten und Beschwerden wird sich im Jahr 1847 gegen das Jahr 1845 um nichts geringer stellen. Die Verordnung, gemäß welcher fernerhin Kollektivpetitionen an den Landtag nur von den gesetzlich konstituirten Versammlungen der ständischen Organe sollen ausgehen dürfen, wird von keinem Nachtheil seyn, sie muß zunächst das Gute haben, daß die Gemeindevorsteher in eine Thätigkeit gesetzt werden, der sie als Gemeindeglieder bei der bisherigen Praxis der überall folportirten Petitionen fremd bleiben konnten. An Stoff zu Bitten und Beschwerden wird es auch nicht fehlen, trotz der wiederholten Verfügung, daß der König mit früheren Anträgen ohne neue Gründe nicht auf's Neue beehelligt werden dürfe. Die Rheinprovinz hat in ihrer Mitte unzählige Interessen, die unaufhörlich Schutz und Hülfe verlangen, und die Uebergriffe der Anträge in dem als draußen stehend fingirten Staat werden sich nach der Prophezeiung Humboldt's nie hemmen lassen.

Berlin, 14. Jan. (Brem. Z.) Der Geist des preussischen Heeres, besonders in seinem Verhältnis zu den Zeitbewegungen, soll seit Kurzem mehrfach Gegenstand höherer Erwägung und Berathung geworden seyn, und man ist, wie es scheint, übereingekommen, denselben sofort einer strengeren Ueberwachung, namentlich in Bezug auf alle persönlichen Verhältnisse des Offiziersstandes, zu unterwerfen. In diesem Sinne ist auch in diesen Tagen eine königliche Kabinettsordre erlassen worden, welche am vergangenen Sonntag den sämmtlichen Offizieren der Brigade in der Parole mitgetheilt wurde. Darnach ist den Regimentskommandeuren fortan die unbedingte Vollmacht ertheilt, die Offiziere namentlich in allen ihren sittlichen Lebensäußerungen zu überwachen, sie am Spielen, Schuldenmachen und unerlaubtem Verkehr zu verhindern, und darin so streng einzuschreiten, daß selbst die Hinzuziehung polizeilicher Hülfe statthaben kann. Die Regimentskommandeure selbst sollen dagegen den Beschluß gefaßt haben, gegen diese Bestimmung, namentlich in so weit sie die Anwendung der Polizei zur Regelung der persönlichen Verhältnisse der Offiziere betrifft, eine Vorstellung bei Sr. Maj. dem König einzureichen, welche, wie man für bestimmt versichern hört, eine lebhaftere Unterstützung und Verwendung Seitens des Prinzen von Preußen finden dürfte. Diese Angelegenheit zieht in diesem Augenblick die allgemeine Aufmerksamkeit in hohem Grade auf sich. Es scheint auch höheren Orts entschieden die Absicht vorzuwalten, daß der preussische Offiziersstand sich nicht ferner an religiösen und volksthümlichen Zeitbewegungen irgend einer Art theilnehmen solle. So ist jetzt auch der Artillerieleutnant v. Westrum, welcher der hiesigen deutsch-kath. Gemeinde angehört, zu einer Verlegung nach Spandau bestimmt worden, nachdem er früher sein Kasseramt bei dieser Gemeinde aufzugeben veranlaßt worden, jetzt aber wieder in den Vorstand derselben eintreten zu wollen schien.

Der „Frankf. Oberpostamtstz.“ meldet man aus Wien, 15. Jan. Der leidende Zustand Sr. k. k. Hoheit des Herrn Erzherzogs Karl hat sich seit gestern bedeutend verschlimmert. Anfangs dieser Woche empfanden Sr. k. k. H. einige Erleichterung, welche die erfreuliche Hoffnung einer baldigen Wiedergenesung erweckte; diese günstigen Symptome waren jedoch nicht von Dauer, und die Krankheit, eine Rippenfellentzündung, nahm in der gestrigen Nacht einen so bedenklichen Charakter an, daß man über das Leben des erlauchten Kranken in der höchsten Besorgniß schwebt. Dem Bernehmen nach wurde vor wenigen Stunden der Herr Erzherzog mit den heiligen Sterbesakramenten versehen.

— Im Widerspruch mit dieser Nachricht bringt die neueste „Allg. Ztg.“ folgende Mittheilung aus Wien vom 16. d. M.: „Se. kaiserl. Hoh. der Erzherzog Karl scheint bereits gänzlich außer Gefahr zu seyn. Das heutige Bulletin lautet: Se. kaiserl. Hoheit hatte eine ruhige Nacht gehabt; die Seitenschmerzen haben abgenommen u. der durchsichtigste Kranke befindet sich besser.“

Wien, 16. Jan. (A. Z.) So lange hier noch keine Akademie der Wissenschaften vom Staat aus organisiert wird, fehlt es allerdings für Oesterreich an einem Mittelpunkt für jene literarischen Bestrebungen, für die sich hier eben

durchaus gar Nichts, als dieses Mobiliar, was Sie hier sehen, die letzten Zeichen eines ohnmächtigen Glanzes, die aber gleichfalls bald verschwinden werden.“

„Im Namen des Himmels!“ rief der Oberst, „lassen Sie sich doch bewegen, einzuwilligen.“

„Kein weiteres Anerbieten nun mehr, Herr v. R.“ unterbrach Cäcilie, „Sie könnten mich nur demüthigen, und ich glaube, daß sie zu galant sind, um mich erlöchen zu machen.“

Der Oberst, wohl einsehend, daß er einen Entschluß nicht erschüttern könne, der mit so viel Willenskraft sich äußerte, zog sich zurück und begab sich eiligst zum Sachwalter der Frau von La... in seinem Kopfe alle Mittel überlegend, um die Skrupel Derjenigen zu besiegen, welche er nun mehr als je liebte.

„Mein Herr,“ fragte der Pole den Sachwalter, „wollen Sie mir sagen, wie es mit dem Prozeß der Frau v. La... steht?“

„Ei nun, mein Herr,“ erwiderte der Sachwalter, „erst diesen Morgen ging er, trotz der angestrengtesten Vertheidigung bei'at Appellhofe, verloren!“

„Und der Verlust dieses Prozesses?“ fügte der Oberst bei.

„Bringt meine Klientin an den Bettelstab. Nur diese Quelle allein noch verbleib ihr; denn ich rechne nicht einige kleine Bilder von berühmten Meistern, die noch zum Theil mit einem sehr reichen Mobiliar vorhanden sind, dann noch einiges Geschmeide, dessen Verkauf kaum meine Unkosten decken wird... Was ist da zu machen... diese Sachen alle werden heute um einen Bettelpreis verkauft.“

„Und der Gegenstand des Prozesses, der Grundbesitz, wie hoch war derselbe angeschlagen, oder vielmehr, was warf derselbe ab?“

„Wenigstens 15,000 Franken Renten. Wahrscheinlich wird diese Domäne um den Preis von 650 bis 680,000 Franken verkauft, 700 werden nicht erlöbt werden.“

„Zum Teufel, das ist schon hübsch theuer! Sie sagten mir so eben erst, die Sachen würden heutzutage zu Bettelpreisen verkauft.“

„Gewiß! Aber so etwas ist ein Unterschied,“ sagte der Sachwalter.

„Guterlei!“ begann der Pole wieder. „Hier empfangen Sie einen Wechsel von 700,000 Franken auf meinen Banquier in London, kaufen Sie die Güter im

Namen der Frau von La... wieder an sich... aber kaufen Sie ganz in's Geheim, und daß sie ja nichts davon erfahre, dies ist unumgänglich nöthig und wichtig. Von der Verschwiegenheit, welche Sie in diesem Geschäft beobachten, wird das Glück zweier Personen abhängen.“

„Herr Graf,“ erwiderte der Anwalt ganz verblüfft, „der Noth, welchen ich trage, und die Pflichten meiner Stellung dürfen Ihnen gewiß Bürge meiner Verschwiegenheit seyn.“

Als der Oberst nach Hause zurückgekehrt war, rief er Jean herbei, der zu gleicher Zeit sein Vertrauter, sein Beivalter, mit einem Wort, der Mann seines Vertrauens war, nachdem er früher sein unwiderruflich angestellter A u s b ü r s t e r, d. h. sein Kammerdiener, gewesen.

Dieser Jean war ein braver Lancier, der mit dem Grafen K. alle Feldzüge mitgemacht hatte. Franzose von Geburt, aus der Normandie stammend, war er ein eben so unerschrockener Soldat, als er eine ganz besondere Neigung für den Erbdelhandel hatte, was wohl von dem kommerziellen Blute herrührte, das in seinen Adern floß. In Spanien kaufte er zu erbärmlichen Preisen von seinen Kameraden die Reliquien, goldene Jesuskreuzen, alle frommen und heiligen Amulette, welche die Lancier in den Klöstern geplündert hatten, und verkaufte sie alsdann wieder im Großen an die Juden, welche als Goldwaarenhändler in den großen Städten der Halbinsel ansäßig waren.

Bei diesem sehr wenig rechtgläubigen Handel, besonders für einen römisch-katholischen Christen, hatte Jean sich ein kleines Häufchen zusammengescharrt, das durch die Großmuth seines Herrn sich täglich noch mehr vergrößerte.

Aber Jean war seinem alten Obersten auch bis in den Tod ergeben, selbst über den Tod hinaus, und mehr als dem Gelde noch, was bei einem Normannen nicht wenig heißen will; aber er hätte sich lieber in Stücke hauen lassen, als dem mindesten Willen des Grafen K. nicht nachkommen.

Uebrigens war er auch sonst ein braver, dienstreundlicher, gefühlvoller, sogar bei manchen Veranlassungen edelmüthiger Mann.

(Fortsetzung folgt.)

so viele verdienstliche Männer in allen Fächern befinden, als anderswo. Dieses Bedürfnis der Einigung wird immer fühlbarer, je mehr diese einzelnen Bestrebungen an Umfang und Wichtigkeit gewinnen. Es fand daher vor ein Paar Tagen eine Zusammentretung der namhaftesten Schriftsteller Wiens Statt, die Sr. Maj. das Programm zu einer wissenschaftlichen Gesellschaft vorlegten und die allerhöchste Genehmigung desselben nachsuchten, durch welche die Thätigkeit der Einzelnen nicht mehr ohne Zusammenhang mit der Wissenschaft im Allgemeinen bleiben werde. Die Errichtung einer eigentlichen Akademie, was die gegenwärtige Vereinigung schon deshalb nicht seyn kann, weil sie nur des Schutzes und keiner Geldunterstützung des Staats zu genießen haben wird, ist dadurch jedenfalls vorbereitet und der Boden dazu gebnet.

Schweiz.

Bern, 16. Jan. (Eidg. Z.) Ich melde Ihnen kürzlich das Ergebnis der heutigen Sitzung des großen Rathes. Nachdem derselbe gestern Mittags ruhig aus einander gegangen war, versammelten sich am Abend eine Anzahl Mitglieder von beiden Parteien und verständigten sich über die Mitglieder der heute zu ernennenden Kommission, welche die Verfassung zu entwerfen und vorzubereiten haben wird. Es kam diesmal zu einem gemeinsamen Vorschlage, in welchem die Häupter beider Parteien und daneben eine ziemlich gleich getheilte Anzahl der achtungswerthen Mitglieder des gr. u. des Regierungsrathes Platz fanden. Der ganze Vorschlag umfaßt 24 Konervative und 17 Radikale. In Folge dieser Verabredung ging im großen Rathe die Bestimmung der Anzahl von Mitgliedern auf 41 und die Festsetzung der Wahlart — nach Weise der Sechzehnerwahlen — fast unbestritten durch und es wurde sofort zur Wahl geschritten. — Vom 17. d. Der große Rathe hat seine Beratungen beendigt, und die außerordentliche Sitzung ist geschlossen. Die Verfassungskommission ist definitiv bestellt, sie besteht im Ganzen aus 21 Revolutionärs und 20 Nichtrevolutionärs, ein Ergebnis, was größtentheils der zu frühen Abreise vieler konservativer Mitglieder zuzuschreiben ist. Morgen erscheint die Proklamation, welche würdig gehalten ist, und das Volk zur Abstimmung auffordert: ob es mit den gefassten Beschlüssen einverstanden sey? Vielleicht schon auf den 25. d., spätestens auf den 1. Februar, werden die Urversammlungen berufen werden. Ueber den mutmaßlichen Erfolg ist man sehr getheilte Meinung, aber ziemlich darin einverstanden, daß der Versuch ein sehr gewagter ist, und daß das Mißlingen sofortige Auflösung der Behörden zur Folge haben würde.

Frankreich.

Paris, 14. Jan. (A. Z.) Die Frage, ob das Dotationsgesetz den Kammern demnächst zur Entscheidung vorgelegt werden sollte, blieb in dem jüngsten Ministerrathe, in Folge der Bemerkung des Hrn. Guizot, daß er seine Ansicht über diesen wichtigen Gegenstand erst nach den Adressdebatten unumwunden auszusprechen vermöge, abermals unerledigt. Die Bemühungen der Opposition, und namentlich des Thiers'schen Anhangs, zielen jetzt darauf, dem Kabinete durch die Universitätsfrage eine Schlappe beizubringen, zumal es erwiesen ist, daß Salvaudy nicht eigenmächtig die Verordnungen vom 7. Dez. vorigen Jahres erlassen hat, vielmehr der Staatsstreich in Uebereinstimmung mit der Mehrzahl der Minister ausgeführt wurde. Das Kabinete übernimmt auch in pleno vor den Kammern die Verantwortlichkeit in Bezug auf den Erlaß der aufgewärmten Dekrete vom Jahre 1808, und wird sich zugleich anheißig machen, ein in diesem Geiste verfaßtes Gesetz noch während des Landtags vorzulegen.

Paris, 18. Jan. (Korresp.) Die Budgetkommission hat sich bereits konstituiert, sie hat Hrn. Bignon mit 17 Stimmen zum Präsidenten und Hrn. Magne mit 14 Stimmen zu ihrem Sekretär gewählt. In den Bureaus wurde gestern der Gesetzesvorschlag geprüft, durch den dem Marineminister ein außerordentlicher Kredit zur Vermehrung der Flotte bewilligt werden soll. Die Diskussion war fast in allen Bureaus sehr lang und sehr lebhaft; das Prinzip des Gesetzesvorschlages wurde von Niemanden beanstandet, aber über die Art und Weise der Verwendung des Kredites waren die Meinungen sehr verschieden. Die gewählten Kommissäre über diesen wichtigen Gesetzesvorschlag sind die Hrn. Admiral Leray, Ribouet, Gegenadmiral Hell, Gegenadmiral Hernour, Hr. Levasseur, Lacroffe, Chasseloup-Laubat, Dumas, d'Angerville; sieben Ministerielle, zwei Mitglieder der Opposition. — Die Bureaus haben zugleich eine Kommission ernannt, um die Mittel vorzuschlagen, die Kammerdebatten im „Moniteur“ noch pünktlicher und genauer geben zu können; man beschwerte sich, daß der „Moniteur“ so spät, meist erst Nachmittags, ausgegeben werde. Die Adressdiskussion beginnt morgen, Montag. — Die Regierung veröffentlicht heute einen Bericht des Generals Levasseur aus der Provinz Konstantine. Der General hatte vom 22. bis 29. Dezbr. mehrere aufrührerische Stämme angegriffen, geschlagen, ihnen ihre Kornvorräthe genommen, und war dann mit seiner Kolonne nach Setif zurückgekehrt; wie die „Algerie“ meldet. — Der amtliche Bericht des Generals ist vom früheren Datum (22. Dezbr.) und meldet den Hergang ähnlicher früherer Geschehnisse. — Wie wir angekündigt, so hat die große Revue auf dem Marsfelde gestern Mittags stattgefunden. Es waren 30,000 Mann Truppen, aus 24 Bataillonen Infanterie, 44 Schwadronen Kavallerie und 4 Batterien Artillerie bestehend, ausgerückt. Alle Waffengattungen waren repräsentirt, 3 Bataillone Municipalgarde, 1 Bataillon Pompiers, 1 Bataillon Geniesappeurs, 1 Bataillon Chasseurs d'Orleans und alle Infantriebrigaden in und außer Paris; von Kavallerie: die Municipalgarde zu Pferde, 1 Karabiniers-, 4 Dragoner-, 1 Lanziers- und 2 Husarenregimenter; der Anblick dieser Truppenmasse war imposant. Der Herzog von Nemours, von den Prinzen Joinville u. Amale, dem marokkanischen Gesandten u. seinen Begleitern auf prächtigen arabischen Pferden, und einem glänzenden Generalstabe gefolgt, durchritt alle Reihen, dann fand das Detachement, divisionsweise für die Infanterie, schwadronenweise im Trab für die Kavallerie Statt. Der Herzog von Montpensier als Oberstleutnant war an der Spitze des 4. Artillerieregiments. Auf den marokkanischen Gesandten und seine Begleiter schien dieses großartige militärische Schauspiel einen tiefen Eindruck zu machen. — Der vor Kurzem abgehaltene medizinische Kongress in Paris, derselbe, der alle ausländischen Ärzte für „unwissende Barbaren“ erklärte, hatte bekanntlich mit großen Skandalen begonnen und geendigt. Gleich in der ersten Sitzung gab der Doktor Lambert dem Apotheker Deibl, Herausgeber des Blattes „Asmodeus“, eine Ohrfeige. Als Deibl hierwegen klagte, machte Lambert eine Gegenklage wegen Ehrenbeleidigung in Deibl's Blatt anhängig. Das Zuchtpolizeigericht hat in seiner gestrigen Sitzung beiden Herren ihr Recht und volle Genugthuung widerfahren lassen; Dr. Lambert wurde wegen thätlicher Injurien zu acht Tagen Gefängnis und 100 Fr. Geldstrafe; Apotheker Deibl wurde wegen Diffamation zu vierzehn Tagen Gefängnis und 200 Fr. Geldstrafe verurtheilt. Beide Herren können sich nun in St. Pelagie Gesellschaft leisten u. zum Zeitvertreib Ditterbörs's: „Doktor u. Apotheker“ auführen.

Der Handelsstand von Rouen hat eine Bittschrift an die Kammer gerichtet, worin er auf eine strenge Untersuchung wegen des Einsturzes des Dabutes von Barentin dringt, da ein solches Ereigniß die größte Bestürzung hervorgebracht und ein allgemeines Mißtrauen gegen die Bahnunternehmung erzeugt habe. — Der Bischof von Algier, Hr. Dupuch, hat seine Entlassung an den Papst eingefandt, die auch angenommen worden ist, und wird sich in ein Trappistenkloster zurückziehen. — Abbé Saquereau, der in St. Helena war, um Napoleons Asche abzuholen, soll Bischof in Algier werden. — Heute (Sonntag) sind die Kammern und die Börse geschlossen.

Toulon, 13. Jan. Heute um 7 Uhr Morgens sind die 24 Voltigeurs der Marineinfanterie, die bei dem Schiffbruche des Papin gerettet wurden, von dem Dampfer „Castor“ hier ausgeschifft worden. Alle Offiziere des Regiments waren versammelt, um sie zu empfangen, die meisten hatten alte Matrosenkleider an und sahen sehr leidend und angegriffen aus. Sie wurden dann in die Kaserne geführt, wo Alles zu ihrem Empfange bereit war. Wäsche, Kleider, Schuhe wurden sogleich an sie vertheilt, und sie sind vor der Hand von jeder Dienstleistung befreit.

Spanien.

Briefen aus Vittoria vom 11. Jan. zufolge war der ebenfalls wie sein Bruder Don Henrique aus Madrid verbannte Infant Don Franzisko d'Assisi an diesem Tage daselbst angekommen und sollte sogleich nach Pampeluna weiter reisen, wo das Lancierregiment del Principe, dessen Oberst er ist, in Garrafon liegt.

Belgien.

Brüssel, 14. Jan. (A. Z.) Gegen die Erwartung ist die belgische Regierung dennoch mit einem neuen Dekret gegen den niederländischen Handel aufgetreten, und zwar so gewaltthätig, daß der Handel zwischen Holland und Belgien fast gehemmt ist. Wäre Belgien nicht ein so junges Land, wo solche Fragen im Allgemeinen wenig verhanden werden, so könnte dies Benehmen dem Ministerium seine Existenz kosten. Wenn man ganz einfach die Frage stellt: „Werden zwei Länder, wie Holland und Belgien, lange Zeit um des Eigennutzes einiger Personen willen einem Verkehre entsagen, der zwischen 80 und 100 Millionen Franken ausmacht?“ so erkennt man leicht das Absurde des gegenseitigen Benehmens. Die erste Schuld lastet ohne Zweifel auf Belgien, namentlich durch das unsinnige Ausfuhrverbot von Lebensmitteln. Jetzt hat Holland die Ausfuhr von Korn mit schweren Zöllen belegt, und einige Theile Belgiens, namentlich Berviers mit seinen Fabriken, leiden darunter. Darüber ist eine große Klage; aber wie stehen die Sachen? Das an der Maas gelegene Maestricht erhält von allen Seiten her, nicht bloß von holländischer, sondern hauptsächlich auch von belgischer, Zufuhren von Lebensmitteln aller Art, und versendet sie wieder größtentheils auf der Maas; auf diesem Wege erhalten auch mehrere belgische Gebietstheile ihre Zufuhr. Indem aber Belgien die Ausfuhr verbot, hat es auch Maestricht einen großen Theil seiner Zufuhr genommen, und kann sich mit Recht nicht beklagen, wenn nun Holland seinerseits die Ausfuhr erschwert. Der erste Schritt Hollands war nicht sehr gut gewählt, sollte aber doch kaum etwas anders seyn, als eine Annäherung an Belgien, von einem System abzulassen, das ein beschränktes Land nicht ohne wesentlichen Nachtheil seiner Nachbarn und selbst nicht ohne eigene Belästigung durchführen kann; die Art aber, wie Belgien auf diese, allerdings derbe Abmahnung handelt, ist vollends thöricht, und macht Hrn. Wandeweyer und Konsorten schlechte Ehre.

Rußland und Polen.

Dorpat, 9. Jan. (Berl. Nachr.) Vor Kurzem kehrte der Kurator unserer Hochschule, Generalleutnant Graßström, aus St. Petersburg zurück, wo er mehrere Wochen lang in Angelegenheiten des Lehrbezirks sich aufhielt. Er bringt unter Anderem die Bestimmung hierher, daß die nach dem Jahre 1839 an unsern Gymnasien angestellten Lehrer verpflichtet seyn sollen, wöchentlich eine Stunde in ihrem Fache russisch vorzutragen. In die Unmöglichkeit versetzt, diese drückende Obliegenheit zu vollziehen, wobei Lehrer und Lernende zum großen Nachtheile der Wissenschaft sich einander nicht verstehen, wenigstens mißverstehen werden, wollen nun gerade die besten, die tüchtigsten Lehrer an gedachten Anstalten um ihre Entlassung bitten. Somit dürfte in dem Lehrfach der Disseprovinzen bald die gleiche Lage der Dinge eintreten, wie sie sich schon seit längerer Zeit in unserem kirchlichen Fach gestaltet hat. Wir hoffen, der scharfe und durchdringende Geist unseres Ministers, unsere geistigen Interessen am Throne vertretend, werde dort in dieser Beziehung Aenderungen für uns zu bewirken suchen.

Vermischte Nachrichten.

Vor Kurzem haben öffentliche Blätter wiederholt die Nachricht mitgetheilt, der Hr. Erzbischof v. Geißel in Köln sey wegen eines Hirtenbriefes, den er zu veröffentlichen gedenke, mit der Zensur in Streit gekommen. Natürlich wurden daran allerlei Bemerkungen geknüpft. Nun stellt sich heraus, daß der Hr. Erzbischof gar nicht daran gedacht, bei seiner Inthronisation einen Hirtenbrief zu schreiben und zu veröffentlichen, da solches ohnehin bei der nahe bevorstehenden Fastenzeit geschehen wird. Das ganze Gerübe von den Zensurstrichen u. dgl. war sonach lediglich aus der Luft gegriffen.

Hannover, 16. Jan. Das allgemeine Stadtgespräch bildet heute das geheimnißvolle Verschwinden eines Hrn. v. L., zweiten Beamten in Harburg, der hier vor Kurzem noch Hülfсарbeiter bei der Landdrostei war. Nach mündlichen Berichten wäre der Grund des Verschwindens in finanzieller Zerrüttung zu suchen; nach andern eingegangenen Berichten dagegen soll jener Beamte in einer früher geführten Untersuchung gegen einige Schiffer mit besonderer Strenge zu Werke gegangen seyn, so daß die Inquisiten die Drohung ausgestoßen hätten, sie würden ihm dies gedenken. Vielleicht sey diese Drohung in Erfüllung gegangen, als der Amtsassessor v. L. kürzlich eine Reise ins Holsteinische angetreten und, da das Dampfschiff nicht mehr zu benutzen gewesen, sich eines Ebers bedient habe. Wenigstens ist seit seiner Abfahrt von Harburg nichts wieder über ihn bekannt geworden. — Auf Befehl des Königs ist hier eine Kommission zusammenberufen, welche den vom Minister des Innern vorgebrachten Plan eines für Kunst, Naturwissenschaften und Landesgeschichte zu stiftenden Museums in weitere Berathung nehmen soll. Die Kommission, unter Vorstz des Oberhofmarschalls v. Steinberg und aus lauter königlichen Beamten bestehend, hat für ein jedes der genannten Fächer eine besondere Kommission niedergesetzt. Ohne gerade Prophetengabe zu haben, darf man voraussetzen, daß die Realisirung des Planes auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen wird, um so unüberwindlicher, je geringfügiger sie scheinen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers,

